

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	19
A) Einführung und Anlass der Untersuchung .....	19
B) Rechtliche Grundprobleme und Gang der Untersuchung .....	23
 Teil 1: Die Unklarheitenregel im allgemeinen Zivilrecht.....	27
A) Historische Entwicklung der Unklarheitenregel und Entstehungsgeschichte .....	27
B) Sinn und Zweck der Regelung .....	30
C) Standort im Gesamtkontext des AGB-Rechts – ein kurzer Überblick .....	32
I. Die Unklarheitenregel als Auslegungsregel und ihr Verhältnis zur Inhaltskontrolle .....	32
II. Die Unklarheitenregel als Ausprägung des Transparency-Prinzips .....	33
D) Tatbestand des § 305 c Abs. 2 : Zweifel bei der Auslegung gehen zu Lasten des Verwenders .....	35
I. Anwendungsbereich der Unklarheitenregel .....	35
1. „Sachlicher“ Anwendungsbereich .....	35
a) Anwendbarkeit bei begünstigenden Klauseln .....	36
b) Erweiterte Anwendbarkeit beim Verbrauchervertrag .....	37
c) Anwendbarkeit bei Vertragsbedingungen, die keine AGB darstellen .....	38
2. „Personeller“ Anwendungsbereich .....	38
a) Überblick .....	38
b) Einzelheiten zum Verwenderbegriff – insbesondere mit Blick auf die Anforderungen an das „Stellen“ der Vertragsbedingungen .....	39
3. Problemkonstellationen .....	42
a) Zweifel über den Vertragspartner bzw. die Verwendereigenschaft .....	42
b) Anwendbarkeit bei beidseitigem Einbeziehungsvorschlag .....	44
c) Anwendbarkeit bei Vertragsbedingungen, die behördlich empfohlen sind, durch Interessenverbände oder unabhängige Dritte erstellt wurden .....	45

d) Anwendbarkeit bei „sich kreuzenden“ AGB unterschiedlicher Verwender .....	46
e) Anwendbarkeit der Unklarheitenregel im Verbandsprozess ....	46
f) Anwendbarkeit der Unklarheitenregel bei deklatorischen Verweisungen .....	48
aa) Wortgleiche Übernahme des Gesetzestextes .....	49
bb) Sinngemäße Wiedergabe des Gesetzestextes mit eigenen Worten .....	52
cc) Wiederholung eines nicht einschlägigen Gesetzestextes....	52
II. Zweifel bei der Auslegung Allgemeiner Geschäftsbedingungen – Auslegungsdogmatik .....	52
1. Auslegungsdogmatik bei Gesetzen und Verträgen .....	53
2. Auslegungsdogmatik bei AGB .....	55
a) Einheitlich objektive (AGB-spezifische) Auslegung oder Geltung der allgemeinen Regeln der §§ 133, 157?.....	56
aa) Traditionelle Ansicht der Rechtsprechung: Grundsatz der einheitlich objektiven Auslegung .....	56
bb) Im Vordringen befindliche Auffassung im Schrifttum: Geltung der allgemeinen Regeln der §§ 133, 157 .....	58
cc) Neuere Tendenzen in der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung .....	60
dd) Bewertung .....	60
(1) Vereinbarkeit der Gegenmeinung mit dem Bedürfnis nach einheitlichen Auslegungsergebnissen .....	61
(2) Bewertung in dogmatischer Hinsicht .....	62
(3) Einfluss der Unklarheitenregel .....	65
(4) Fazit .....	66
b) Wann liegen Zweifel vor?.....	66
aa) Bestandsaufnahme .....	66
bb) Fazit .....	69
cc) Berücksichtigungsfähigkeit und Rangverhältnis der Auslegungsmittel .....	70
(1) Stand der Forschung .....	70
(a) Verbreitete Ansicht: „Reduzierung auf ohne weiteres erkennbare Auslegungsmethoden“ .....	72
(b) Weitergehender Ansatz: „Alleinige Maßgeblichkeit des Wortlautes“ .....	73
(2) Stellungnahme und eigener Ansatz .....	74
(a) Vorrangstellung des Wortlauts als Folge der objektiven Auslegungsdogmatik .....	75

(b) Einfluss der Richtlinie 93/13/EWG .....	76
(c) Einfluss der Unklarheitenregel.....	77
(d) Einfluss des Transparenzgebots .....	80
(e) Fazit .....	82
(f) Ein Versuch der Strukturierung: Bildung von Fallgruppen .....	83
(g) Methodisches Vorgehen bei der Feststellung von Zweifeln .....	87
c) Zulässigkeit sonstiger ungeschriebener Auslegungsregeln neben der Unklarheitenregel.....	87
aa) Auswirkungen des Transparenzgebots und der Unklarheitenregel auf die Zulässigkeit sonstiger ungeschriebener Auslegungsregeln .....	88
bb) Zulässigkeit im Einzelnen .....	89
(1) Geltungserhaltende Auslegung infolge zu vermutender Redlichkeit des Verwenders .....	89
(2) Geltung eines Restriktionsprinzips .....	90
(3) Individualvertragskonforme Auslegung .....	94
(4) Grundsatz der kundenfeindlichsten Auslegung – Prinzip der Ergebnisorientierten Auslegung zu Lasten des Kunden – „geltungshindernde Auslegung“ .....	97
(5) Fazit .....	99
d) Verhältnis zur ergänzenden Vertragsauslegung .....	99
aa) Herrschende Meinung .....	99
bb) Gegenansicht .....	100
cc) Ansicht: Vorrang der ergänzenden Vertragsauslegung .....	100
dd) Ansicht: Vorrang der Unklarheitenregel .....	101
ee) Arbeitsgerichtliche Rechtsprechung .....	101
ff) Ansicht Singer/Hake .....	102
gg) Ansicht Basedow .....	102
hh) Stellungnahme und eigene Ansicht .....	103
(1) Vereinbarkeit der allgemeinen Gesetzesystematik des AGB-Rechts .....	103
(2) Einfluss der Unklarheitenregel .....	104
(3) Eigene Auffassung .....	106
e) Anwendbarkeit der Unklarheitenregel bei der ergänzenden Vertragsauslegung selbst .....	106
3. Auslegungsdogmatik von AGB im Verkehr zwischen Unternehmen i.S.v. § 14 .....	107
4. Auslegungsdogmatik in Verbraucherverträgen .....	107

a) Grundsatz .....	107
b) Einmalbedingungen .....	108
5. Auslegungsdogmatik von AGB im Verbandsprozess .....	108
6. Ergebnis .....	108
<b>III. Rechtsfolgen .....</b>	<b>110</b>
1. Rechtsfolgen im Individualprozess .....	110
a) Wertungsmaßstab .....	111
aa) Abstrakt oder konkret? .....	111
bb) Objektiv oder subjektiv? – Möglichkeit eines Wahlrechts? .....	114
cc) Bindung an eine einmal getroffene Wahl .....	116
dd) Günstigkeitsneutrale Regelungen – Günstigkeit lässt sich nicht anhand objektiver Kriterien feststellen .....	118
b) Methodik der Ermittlung der kundengünstigsten Deutungsalternative .....	119
aa) Frühere Position der Rechtsprechung .....	119
bb) Aktuelle Position der Rechtsprechung .....	120
cc) Meinungsbild in der Literatur .....	121
dd) Stellungnahme .....	122
2. Rechtsfolgen im Verbandsprozess .....	127
a) Wertungsmaßstab .....	127
b) Methodik der Ermittlung der kundengünstigsten Deutungsalternative .....	127
3. Rechtsfolgen im Prozess zwischen Verbraucher und Unternehmer .....	128
4. Unwirksamkeit als Rechtsfolge? .....	128
5. Ergebnis .....	131
<b>E) Abgrenzung von sonstigen Vorschriften, die Unklarheiten sanktionieren</b>	<b>132</b>
I. Verhältnis zur Einbeziehungskontrolle .....	132
II. Verhältnis zu § 305 c Abs. 1 .....	138
III. Verhältnis zu § 307 Abs. 1 S. 2 .....	140
1. Bestimmung der Schnittmenge beider Regelungen .....	141
a) Sinn und Zweck der Transparenzkontrolle .....	141
b) Tatbestandsvoraussetzungen der Transparenzkontrolle, § 307 Abs. 1 S. 2 .....	142
aa) Intransparenz als unangemessene Benachteiligung – Verhältnis von Intransparenz und Angemessenheitskontrolle..	142
(1) „Intransparenz reicht nur, wenn es sich um belastende Regelungen handelt“ .....	142
(2) „Verzicht auf eine benachteiligende Wirkung“.....	145
(3) „Intransparenz reicht immer“ .....	146

(4) Differenzierende Ansicht .....	147
(5) Anmerkung .....	147
bb) Anforderungen an die Transparenz .....	150
cc) Fazit .....	150
2. Bestimmung des Verhältnisses .....	151
a) Aussagen in den Gesetzesmaterialien .....	151
b) Analyse der bisherigen Rechtsprechung .....	153
aa) Unklare Darstellung der Rechte des Kunden im Verbandsprozess .....	155
bb) Unklare Darstellung der Rechte des Kunden im Individualprozess .....	157
cc) Unklarheiten hinsichtlich des Preis-Leistungs-Verhältnisses .....	159
dd) Fazit .....	160
c) Denkbare Möglichkeiten zur Bestimmung des Verhältnisses: .....	161
aa) Meistbegünstigung .....	161
bb) Kumulative Anwendung – Vorrang der Transparenzkontrolle .....	163
cc) Vorrang der Unklarheitenregel - § 305 c Abs. 2 als lex spezialis zu § 307 Abs. 1 S. 2 .....	165
dd) Alternative Anwendung beider Normen: .....	167
(1) Abgrenzung nach Intransparenz von Kern- und Randbereich .....	167
(2) Abgrenzung nach essentialia negotii und Nebenabreden .....	168
ee) Fazit und eigener Ansatz: Differenzierung nach Individual- und Verbandsprozess .....	169
IV. Ergebnis .....	170
F) Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse .....	171
G) Gesamtbewertung .....	175
 Teil 2: Die Bedeutung der Unklarheitenregel bei der Auslegung arbeitsvertraglicher Bezugnahmeklauseln .....	177
A) AGB-Kontrolle und Unklarheitenregel im Arbeitsrecht .....	177
I. Rechtspraxis vor der Schuldrechtsreform .....	177
II. Rechtslage nach der Schuldrechtsreform .....	179
1. Erstreckung des AGB-Rechts auf Arbeitsverträge .....	179
2. Auswirkungen der Erstreckung für die Unklarheitenregel .....	183
3. Auswirkungen des § 310 Abs. 4 S. 2: Angemessene Berücksichtigung der Besonderheiten des Arbeitsrechts .....	185

a)	Besonderheiten die sich nicht allein auf das Arbeitsrecht beschränken .....	188
b)	Tatsächliche Umstände als arbeitsrechtliche Besonderheiten im Sinne des § 310 Abs. 4 S. 2 .....	188
c)	Richterrechtliche Grundsätze und Regeln .....	189
B)	Bedeutung der Unklarheitenregel bei der Auslegung von Bezugnahmeklauseln .....	191
I.	Die Bezugnahme auf Tarifverträge .....	193
1.	Arten von Bezugnahmeklauseln .....	193
2.	Mögliche Zweifel bei der Auslegung von Bezugnahmeklauseln/ möglicher Anwendungsbereich für die Unklarheitenregel .....	196
3.	Auslegung von Bezugnahmeklauseln .....	197
4.	AGB-Kontrolle und Zulässigkeit von Bezugnahmeklauseln trotz § 307 Abs. 1 S. 2 .....	197
5.	Schutz vor überraschenden Verweisungen .....	199
II.	Anwendbarkeit der Unklarheitenregel bei der Auslegung von Bezugnahmeklauseln auf Tarifverträge .....	200
1.	Möglichkeiten der Feststellung der arbeitnehmergünstigeren Auslegungsvariante .....	201
a)	Vergleichbarkeit von Tarifverträgen/Tarifwerken .....	202
aa)	Rechtsprechungsanalyse .....	202
(1)	Entscheidung des 6. Senats vom 24.9.2008 – 6 AZR 76/06 .....	202
(2)	Bewertung und Schlussfolgerungen .....	203
(3)	Sonstige Urteile .....	206
(4)	Fazit .....	207
bb)	Analyse des rechtswissenschaftlichen Schrifttums .....	207
(1)	Aussagen im Schrifttum .....	207
(2)	Zwischenfazit .....	210
cc)	Übertragbarkeit der Wertungen des Günstigkeitsvergleichs .....	210
(1)	Stand der Forschung .....	210
(2)	Fazit .....	212
dd)	Zusammenfassung der Erkenntnisse .....	213
ee)	Sonstige denkbare objektive Kriterien .....	213
ff)	Arbeitsrechtliche Besonderheit oder Wahlrecht des Arbeitnehmers? .....	215
(1)	Vereinbarkeit eines Wahlrechts mit der Systematik des allgemeinen Zivil-, Prozess-, und AGB-Rechts ....	216

(2) Vereinbarkeit mit spezifisch arbeitsrechtlichen Besonderheiten .....	217
(a) Kein Verstoß gegen das Prinzip der Tarifeinheit ...	217
(b) Arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz....	219
(c) Arbeitnehmerschutz im Sinne des Günstigkeitsprinzips .....	220
(d) Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 3 GG – Verstoß gegen positive Koalitionsfreiheit?.....	221
(e) Argument des „Rosinenpickens“ – Besserstellung der Gewerkschaftsmitglieder.....	223
(aa) „Rosinenpicken“ als Resultat des Wahlrechts? .....	224
(bb) Vereinbarkeit des Ergebnisses mit den Wertungen des allgemeinen Vertragsrechts, der Unklarheitenregel und denjenigen des Tarifrechts .....	225
(cc) Vermeidbarkeit .....	226
(f) Fazit .....	226
(gg) Ergebnis .....	227
b) Feststellbarkeit der Günstigkeit bei Zweifeln über die Tragweite der Bezugnahme in zeitlicher Hinsicht (statisch-dynamisch) – Problem der Vergleichbarkeit bei ungewisser zukünftiger Entwicklung .....	227
aa) Rechtsprechungsanalyse .....	228
(1) Urteile vor der Schuldrechtsreform .....	228
(2) Neuere Rechtsprechung .....	229
(3) Urteil vom 24.9.2008 – 6 AZR 76/07 .....	230
(4) Fazit .....	230
bb) Schrifttum .....	231
cc) Stellungnahme .....	234
c) Günstigkeitsurteil bei Zweifeln über die Tragweite der Bezugnahme in zeitlich-fachlicher Hinsicht ((klein dynamisch- groß dynamisch (Tarifwechselklausel))).....	236
d) Günstigkeitsurteil bei Zweifeln über die Tragweite in fachlicher oder zeitlicher Hinsicht – Sonderfall Gleichstellungsabrede .....	236
e) Günstigkeitsurteil bei Unklarheiten darüber, ob eine deklaratorische oder eine konstitutive Wirkung vereinbart wurde .....	237
f) Günstigkeitsurteil bei sonstigen Zweifeln hinsichtlich der sachlichen Reichweite (Global-, Teil- oder Einzelverweisung)	237

g) Günstigkeitsurteil bei Zweifeln darüber, ob überhaupt auf einen Tarifvertrag verwiesen wurde .....	238
2. Ergebnis .....	238
<b>III. Mögliche Anwendungsfälle der Unklarheitenregel bei der Auslegung der Verweisklausel – Vorliegen von Auslegungszweifeln im Sinne von § 305 c Abs. 2?</b> .....	239
1. Zweifel über den Zweck der Bezugnahme – Stichwort „Gleichstellungabrede“ .....	239
a) Ständige Rechtsprechung bis 2005 .....	239
b) Kritik in der Literatur .....	240
c) Urteil 14.12.2005 – 4 AZR 536/04 .....	241
d) Vollzug der Rechtsprechungsänderung .....	242
e) Reaktionen im Schrifttum .....	243
f) Bewertung .....	244
aa) Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 3 GG („negative Koalitionsfreiheit“) .....	244
bb) Europarechtliche Bezüge („Werhof“) .....	245
cc) Vertrauensschutz .....	247
dd) Sonstige Besonderheiten des Arbeitsrechts .....	248
ee) Bewertung in dogmatischer Hinsicht .....	249
g) Ausblick – Konsequenzen – offene Fragen .....	250
h) Fazit .....	252
2. Verweis auf Tarifverträge, die Differenzierungsklauseln enthalten .....	252
3. Anwendbarkeit eines FirmenTarifvertrages bei kleinem dynamischen Verweis auf Branchentarifverträge – Sonderproblem Sanierungstarifvertrag .....	254
a) Analyse der bisherigen Rechtsprechung .....	255
aa) Urteil vom 23.3.2005 – 4 AZR 203/04 .....	255
bb) Entscheidung vom 14.12.2005 – 10 AZR 296/05 .....	256
cc) Entscheidung vom 23.1.2007 – 4 AZR 602/06 .....	257
dd) Entscheidung vom 24.9.2008 – 6 AZR 76/07 .....	258
ee) Entscheidung vom 22.4.2009 – 4 AZR 100/08 .....	260
ff) Instanzgerichtliche Rechtsprechung .....	261
gg) Fazit .....	261
b) Schrifttum .....	262
c) Stellungnahme .....	264
d) Fazit .....	267
4. Anwendbarkeit von Branchentarifverträgen beim kleinen dynamischen Verweis auf FirmenTarifverträge .....	267
5. Wechsel von BAT zu TVöD .....	268

a) Erweiterte kleine dynamische Bezugnahmeklausel – „Tarif-sukzessionsklausel“ .....	268
b) Einfache kleine dynamische Bezugnahmeklausel .....	269
aa) Bestandsaufnahme .....	269
(1) Meinungsspektrum im Schrifttum .....	269
(2) Rechtsprechung .....	271
bb) Stellungnahme.....	273
cc) Fazit .....	275
6. Verweis auf Tarifpluralität .....	276
a) Rechtsprechungsüberblick .....	276
aa) Rechtsprechung des BAG .....	277
bb) Überblick zur bisher ergangenen instanzgerichtlichen Rechtsprechung .....	277
cc) Zwischenfazit .....	279
b) Lösungsansätze im Schrifttum .....	279
c) Stellungnahme .....	281
d) Allgemeiner Lösungsansatz – Eigene Auffassung .....	284
aa) Kleine dynamische Bezugnahmeklausel .....	284
bb) Große dynamische Bezugnahmeklausel .....	285
7. Anwendbarkeit der Unklarheitenregel beim Verweis auf einen Tarifvertrag, der später wegfällt.....	286
8. Bedeutung der Unklarheitenregel bei Bezugnahmen kraft betrieblicher Übung .....	287
9. Zweifel über die Reichweite in zeitlicher Hinsicht – statische oder dynamische Geltung? .....	291
10. Ergebnis .....	293
IV. Unklarheiten im Bezugsobjekt .....	295
1. Allgemeiner Problemaufriss – Anwendbarkeit der Unklarheitenregel .....	295
a) Meinungsbild .....	296
aa) Geltung der Auslegungsdogmatik für Tarifverträge – Unanwendbarkeit der Unklarheitenregel .....	296
bb) Geltung der AGB-Rechtlichen Auslegungsdogmatik – Anwendbarkeit der Unklarheitenregel .....	299
cc) Differenzierende Ansicht .....	299
b) Stellungnahme .....	300
2. Sonderfall: Unklare Weiterverweisung im Bezugnahmehobjekt ....	303
3. Fazit .....	303
V. Die Unklarheitenregel beim Verweis auf sonstige Regelwerke .....	304
1. Betriebsvereinbarung .....	304

2. Allgemeine Arbeitsbedingungen.....	306
VI. Fazit und Gesamtbewertung .....	306
VII. „Unklarheitenregelfeste“ Formulierungsvorschläge .....	308
Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen .....	313
Literaturverzeichnis .....	321